

Niederschrift

über die 37. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 24.09.2019, um 16:02 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Beate Bötte
Ursula Brand
Dietmar Busch
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Detlef Förster
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Dr. Jörg Rieger
Rainer Röhlig
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

bis 18:40 Uhr
bis 19:12 Uhr (TOP 27)

bis 19:12 Uhr (TOP 27)

bis 18:40 Uhr

von der Verwaltung

Frank Nipken
Ramachandran Darshan
Ulrich Dippel
Jürgen Funke

Sandra Hilverkus
 Peter Horn
 Burkhard Klein
 Jochen Knorz
 Lisa Look
 Wolfgang Scholl
 Volker Uellenberg

Schriftführerin

Larissa Schipper

es fehlen:

Ratsmitglieder

Malik Nasir Mahmood
 Dr. Axel Michalides
 Arnold Müller
 Sebastian Schlüter

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen AN/0318/2019
 (Anregung des NABU Oberberg vom 20.05.2019)
4. Schotterflächen statt Garten (Bürgerantrag des RBN vom AN/0319/2019
 20.05.2019)
5. Reduktion von CO2 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die BV/0750/2019
 Grünen vom 24.08.2019)
6. Sachstandsbericht Asyl (Antrag der Fraktion pro Deutschland AN/0331/2019
 vom 10.09.2019)
7. Energetisches Quartierskonzept Herbeck hier: Vorstellung BV/0741/2019
 der wesentlichen Inhalte, Beschluss
 der erdsondenbasierten Nahwärmeversorgung im
 Neubaugebiet Karthausen
8. Energetische Ausrichtung des Baugebietes Karthausen AN/0330/2019
 (Antrag der AL-Fraktion vom 10.09.2019)
9. Kreisverkehrsplatz West BV/0759/2019
 (Kaiserstr./Telegrafenstr./Grabenstraße)
- 9.1. Kreisverkehrsplatz West (Antrag der AL-Fraktion vom
 18.09.2019)

- 10. Satzungen
 - 10.1. Erlass einer Hebesatz - Satzung für das Jahr 2020 BV/0721/2019
 - 10.2. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung BV/0727/2019
 - 10.3. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage BV/0730/2019
 - 10.4. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen BV/0734/2019
- 11. Baumaßnahmen
 - 11.1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW (Durchführung von Brandschutzsanierungsmaßnahmen an dem Gebäude Rochollstr. 10/Kita Pustebume) BV/0758/2019
 - 11.2. Sanierung Dahlienstraße (Nr. 311) BV/0644/2018/2
 - 11.3. Sanierung Holzbrücke Uelfebad (Nr. 306) BV/0732/2019
 - 11.4. Abbruch Gebäude Nordstraße 4, 6 und 8 (Nr. 309) BV/0736/2019
 - 11.5. Neubau Nordstraße - Planungsleistungen (Nr. 310) BV/0737/2019
- 12. Entsorgung von Grünabfällen (Nr. 308) BV/0731/2019
- 13. Regelwerk für Kunst-/Kulturförderung BV/0745/2019
 - 13.1. Regelwerk für Kunst-/Kulturförderung (Antrag der AL-Fraktion vom 19.09.2019)
- 14. Bibliothekskonzept der Stadtbücherei Radevormwald BV/0746/2019
- 15. Fördermittel für die Bäder Radevormwald GmbH BV/0747/2019
- 16. Mittelabflussdaten August 2019 IV/0642/2019
- 17. Überplan- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen IV/0643/2019
- 18. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
 - 18.1. Besetzung Jugendhilfeausschuss BV/0749/2019
 - 18.2. Korrektur der Ausschussumbesetzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.05.2019 BV/0754/2019

- 18.3. Umbesetzung Ausschüsse und Gremien (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.09.2019) BV/0755/2019
- 19. Stellenausschreibung Erster Beigeordneter BV/0748/2019
- 20. Mitteilungen und Fragen
- 20.1. Sprachunterricht für Asylbewerber und Asylanten (Anfrage der Fraktion pro Deutschland vom 10.09.2019) AF/0059/2019
- 20.2. Durchführung der Dunkelfeld-Studie im Stadtgebiet (Anfrage der Fraktion pro Deutschland vom 10.09.2019) AF/0058/2019

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 16:02 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Der Bürgermeister gibt an, dass die veränderte Geschäftsordnung bei einstimmigen Beschlüssen eine En-bloc-Abstimmung vorsieht. Dies wurde bei der jetzigen Einladung noch nicht eingearbeitet, es soll aber in Zukunft so verfahren werden. Des Weiteren soll in Zukunft für veränderte Beschlussentwürfe eine neue Vorlage erstellt werden.

Der Bürgermeister gibt an, dass unter TOP 9 – neu – das Thema „Kreisverkehrsplatz West (Kaiserstr./Telegrafenstr./Grabenstraße)“ behandelt werden soll. Der Tagesordnungspunkt 28.1 „Ausscheiden des Ersten Beigeordneten“ soll abgesetzt werden.

Die Mitglieder sind mit den Veränderungen der Tagesordnung einverstanden und es wird so verfahren. Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Auf die Abfrage der Befangenheit zu einzelnen Tagesordnungspunkten erklärt sich kein Ratsmitglied für befangen.

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Stadt Radevormwald mit einem Messestand bei der Partnerstadt Chateaubriant zu Gast war. Dort hat sich die Stadt positiv dargestellt.

Im Bereich Feldmannshaus wurde die kritische Masse abgetragen und beseitigt. Man geht davon aus, dass dieses Gebiet nun zügig aufgearbeitet wird.

Da es Handlungsbedarf für den Haupt- und Finanzausschuss gibt, soll ein weiterer Haupt- und Finanzausschuss am 30.10.2019 tagen.

Zum Sachstand Asyl wird berichtet, dass in Radevormwald insgesamt 132 Flüchtlinge wohnhaft sind. Davon sind 84 Asylbewerber und 48 mit einer Duldung.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Andreas Schäfer stellt seine Einwohnerfragen:

1. Hat der Erlass der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Radevormwald vom 24.04.2018 und die damit einhergehende Anhebung der Verwarnungs- und Bußgelder zu einer merklichen Veränderung des Verhaltens der in Radevormwald lebenden Menschen im Bezug auf das illegale Entsorgen von Müll außerhalb der dafür bereitgestellten Behältnisse geführt?

Herr Knorz teilt mit, dass in vielen Fällen Bürger auf ihr Fehlverhalten angesprochen werden konnten. Es handelt sich hier um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Hierzu konnte eine Verbesserung erzielt werden, jedoch nicht flächendeckend.

Herr Schäfer erfragt, ob der Bereich Jugendräume /Busbahnhof auch regelmäßig zu diesem Thema kontrolliert wird.

Herr Knorz bejaht dies.

2. Wird der in städtischen Papierkörben anfallende Müll vor der endgültigen Entsorgung noch sortiert und werden anfallende Wertstoffe ggf. getrennt entsorgt?

Herr Dippel verneint dies.

3. Wurde in der Vergangenheit den Verursachern/-innen die Reinigung der auf städtischen Verkehrsflächen durch ausgelaufene Flüssigkeiten entstandenen Verunreinigungen sowie ggf. Verfärbungen in Rechnung gestellt?

Herr Dippel merkt an, dass wenn der Verursacher bekannt ist, die entstandenen Kosten in Rechnung gestellt werden. Meistens bleiben die Verursacher jedoch unbekannt.

Herr Schäfer erfragt, warum man sich nicht für einen abweisenden Bodenbelag entschieden hat.

Herr Dippel teilt mit, dass es seines Wissens nach solch einen Bodenbelag für Pflaster-/Asphaltflächen nicht gibt.

3. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen (Anregung des NABU Oberberg vom 20.05.2019)

AN/0318/2019

Herr Fischer gibt an, dass dieses Thema ausgiebig im Ausschuss diskutiert wurde. Der Bürgermeister teilt mit, dass durch den Klimamanager dieses Thema nicht nur in der Theorie gelebt wird.

Herr Ebbinghaus stellt eine Änderung des Resolutionstextes vor:

„Die Stadt Radevormwald orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an vorgeschlagenen Maßnahmen insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.“

Im Laufe dieses Tagesordnungspunktes zieht Herr Ebbinghaus seine Änderung zurück, weil die überwiegende Mehrheit gegen die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes ist.

Herr Bornewasser merkt an, dass man für die Grundlage dieses Antrages ist und man dieses Thema in einem halben Jahr neu aufgreifen und bewerten sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Stadt Radevormwald unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands, wie sie in dieser Anregung niedergelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen	(2 AL, 2 RUA, Ullmann)
26 Nein-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 pro Deutschland, Bürgermeister)
6 Enthaltungen	(4 UWG, 2 GRÜNE)

4. Schotterflächen statt Garten (Bürgerantrag des RBN vom AN/0319/2019 20.05.2019)

Herr Bornewasser regt an, diesen Hinweis auf die Inhalte des § 8 Abs. 1 Bauordnung NRW 2018 auch mit den Grundbesitzabgabenbescheiden zu verschicken.

Herr Ebbinghaus bittet darum, im Beschluss auch Schotterflächen zu erwähnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Verwaltung zu beauftragen, in künftige Baugenehmigungen den Hinweis auf die Inhalte des § 8 Abs. 1 Bauordnung NRW 2018 aufzunehmen und über die Entwicklung von Steingärten/Schotterflächen im Stadtgebiet nach einem Jahr zu berichten.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 GRÜNE, 2 RUA, Ullmann, Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (2 pro Deutschland)

5. Reduktion von CO2 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2019) BV/0750/2019

Herr Bornewasser bittet darum, dieses Thema in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Somit wird der Antrag im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt behandelt.

6. Sachstandsbericht Asyl (Antrag der Fraktion pro Deutschland vom 10.09.2019) AN/0331/2019

Herr Schäfer erläutert den Antrag.

Herr Vujinovic teilt mit, dass dieser Antrag von der CDU-Fraktion am 12.12.2017 gestellt und abgestimmt wurde. Daher muss man über diesen Antrag nicht abstimmen, da er noch Bestand hat.

Der Bürgermeister gibt an, dass dieses Thema wieder aufgegriffen und regelmäßig hierüber berichtet wird.

Herr Schäfer zieht somit den Antrag zurück.

Herr Ullmann beantragt einen regelmäßigen Bericht über die Entwicklung im PMK-rechts in Radevormwald und deren Entwicklung.

Der Bürgermeister gibt an, dass dies kein Antrag zur Sache und somit nicht zulässig ist.

7.	Energetisches Quartierskonzept Herbeck hier: Vorstellung der wesentlichen Inhalte, Beschluss der erdsondenbasierten Nahwärmeversorgung im Neubaugebiet Karthausen	BV/0741/2019
----	--	---------------------

Herr Ebbinghaus erfragt, ob juristisch geprüft wurde, ob ausgeschrieben werden muss.
Herr Nipken teilt mit, dass eine Inhousevergabe ausscheidet, weil die Stadtwerke nicht zu 100 % in öffentlicher Hand sind.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, im Neubaugebiet Karthausen die Umsetzung einer erdsondenbasierten Nahwärmeversorgung durch einen Versorger grundsätzlich im Rahmen der weiteren Entwicklung zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Ullmann)

**8. Energetische Ausrichtung des Baugebietes Karthausen AN/0330/2019
(Antrag der AL-Fraktion vom 10.09.2019)**

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Lorenz merkt an, dass es besser wäre, wenn nur ein Ziel formuliert wird und nicht eine einzelne Maßnahme.

Herr Fischer erfragt die rechtliche Situation.

Herr Klein gibt an, dass man grundsätzlich gem. § 9 des Baugesetzbuches textliche Festlegungen treffen kann, bei Photovoltaikanlagen dies jedoch rechtlich umstritten ist.

Man ist der Auffassung, dass es vorteilhafter wäre, wenn man diesen Antrag zurückstellt und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt berät.

Die AL-Fraktion möchte über den Antrag abstimmen lassen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass für das „Baugebiet Karthausen“ die Errichtung von Photovoltaikanlagen je Gebäude sowie der Bau von Speichereinrichtungen fest vorgeschrieben wird. Dabei soll es den Bauherren überlassen bleiben, ob er diese Auflage in Eigenregie erfüllen möchte oder sich eines dritten Dienstleisters bedient.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (4 UWG, 2 AL)
26 Nein-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 pro Deutschland, Bürgermeister)
5 Enthaltungen (2 GRÜNE, 2 RUA, Ullmann)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

**9. Kreisverkehrsplatz West
(Kaiserstr./Telegrafenstr./Grabenstraße)**

BV/0759/2019

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion. Er gibt an, dass es Gefährdungsbereiche gibt, die beseitigt werden müssen.

Herr Busch merkt an, dass der Zuwendungsantrag das Thema dieses Tagesordnungspunktes ist und die Baumaßnahme als solche nicht.

Man ist sich einig, dass solche Einzelheiten im Fachausschuss geklärt werden sollten.

Herr Lorenz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und erfragt die Zulässigkeit dieses Antrages.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Antrag zulässig ist.

Herr Knorz macht deutlich, dass es dort keine konkreten Gefährdungspunkte gibt.

Herr Ebbinghaus bittet darum, über den Antrag der AL-Fraktion abstimmen zu lassen.

Antrag der AL-Fraktion:

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt für den Fall, dass der Kreisverkehrsplatz West gebaut wird, die Änderung der Verkehrsführung in folgender Weise: Die bestehende Einbahnstraßenregelung für die Kaiserstr. (westlicher Teil) und die Weststraße werden umgekehrt. Die Grabenstraße zwischen Kreisverkehrsplatz und Einmündung Weststraße wird Einbahnstraße in Richtung Schlossmacherplatz.

Abstimmungsergebnis:	2 Ja-Stimmen	(2 AL)
	32 Nein-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 4 UWG, 2 RUA, Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(2 GRÜNE, Ullmann)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss wird über den Beschlussentwurf der Verwaltung abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, den Zuwendungsantrag für die Umgestaltung des Innenstadteinganges West in der vorgestellten Variante bei der Bezirksregierung Köln einzureichen.

Abstimmungsergebnis:	29 Ja-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, 1 UWG, Bürgermeister)
	8 Nein-Stimmen	(3 UWG, 2 GRÜNE, 2 AL, Ullmann)

**9.1. Kreisverkehrsplatz West (Antrag der AL-Fraktion vom
18.09.2019)**

Siehe TOP 9.

10. Satzungen

10.1. Erlass einer Hebesatz - Satzung für das Jahr 2020 BV/0721/2019

Frau Kötter ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die nachfolgend aufgeführte Hebesatz-Satzung für das Jahr 2020.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10.2. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung BV/0727/2019

Frau Kötter ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung wird wie nachfolgend aufgeführt geändert.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (13 CDU, 7 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro
Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Enthaltung (Ullmann)

**10.3. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur
Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung
der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche
Abwasseranlage BV/0730/2019**

Frau Kötter ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage wird gemäß der Vorlage der Verwaltung geändert.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (13 CDU, 7 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (2 AL, Ullmann)

10.4. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen BV/0734/2019

Frau Kötter ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen wird wie nachfolgend aufgeführt geändert.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (13 CDU, 7 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Ullmann, Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (2 AL)

11. Baumaßnahmen

11.1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW (Durchführung von Brandschutzsanierungsmaßnahmen an dem Gebäude Rochollstr. 10/Kita Pustebume) BV/0758/2019

Frau Kötter ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung über die Durchführung von Brandschutzsanierungsmaßnahmen (Erstellung eines zweiten Rettungsweges) an dem Gebäude Rochollstr. 10 (Kita Pustebume) vom 18.07.2019.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11.2. Sanierung Dahlienstraße (Nr. 311)**BV/0644/2018/2**

Frau Kötter ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage der vorgestellten Planung das Leistungsverzeichnis erstellen zu lassen und nach der Fertigstellung die Maßnahme gemäß städtischer Vergabeordnung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11.3. Sanierung Holzbrücke Uelfebad (Nr. 306)**BV/0732/2019**

Herr Barg weist darauf hin, dass sich vor der besagten Brücke eine weitere kleine Brücke befindet und bittet um Prüfung, ob man diese Brücke mit sanieren kann.

Herr Ebbinghaus merkt an, dass alternative Materialien geprüft werden sollten.
Herr Dippel teilt mit, dass dies geprüft wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Sanierung der Holzbrücke Uelfebad gemäß städtischer Vergabeordnung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, Ullmann, Bürgermeister)
2 Enthaltungen (2 RUA)

11.4. Abbruch Gebäude Nordstraße 4, 6 und 8 (Nr. 309)**BV/0736/2019**

Herr Ebbinghaus stellt folgenden Beschlusssentwurf für die AL-Fraktion:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Nordstraße 4, 6 und 8 auf den Markt zu bringen und zu verkaufen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich nicht um einen Antrag zur Sache handelt und somit nicht behandelt wird.

Herr Hoffmann erfragt, ob ein Zuwendungsbescheid angekommen ist.
Der Bürgermeister gibt an, dass es einen Termin für den 11.10.2019 gibt, man jedoch nicht weiß, um welche Förderbescheide es sich dort handelt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, den Abriss der Gebäude Nordstraße 4, 6 und 8 nach der Eigentumsübertragung von der WfG auf die Stadt und nach Eingang des Zuwendungsbescheides gemäß der städtischen Vergabeordnung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (2 AL, Ullmann)

11.5. Neubau Nordstraße - Planungsleistungen (Nr. 310)**BV/0737/2019**

Herr Stark teilt mit, dass die SPD-Fraktion dies ablehnen wird, weil keine nachhaltige Stadtentwicklung erreicht werden kann.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die benötigten Planungsleistungen für den Neubau Nordstraße nach der Eigentumsübertragung der Grundstücke Nordstraße 4, 6 und 8 von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Radevormwald mbH & Co. KG auf die Stadt Radevormwald und nach Eingang des Zuwendungsbescheides gemäß der städtischen Vergabeordnung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (13 CDU, 4 UWG, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
13 Nein-Stimmen (8 SPD, 2 AL, 2 FDP, Ullmann)

12. Entsorgung von Grünabfällen (Nr. 308)**BV/0731/2019**

Herr Ebbinghaus bittet darum, den Beschluss so zu ändern, dass nach Volumen abgerechnet wird.

Herr Barg erfragt die Gesamtkostenlage. Des Weiteren erfragt er, wie viel Material schon abtransportiert wurde.

Herr Dippel teilt mit, dass die Gesamtkosten bei 100.000 € liegen und es kein Unternehmen gibt, welches nach Volumen abrechnet. Die Hälfte der Masse wurde bisher abgefahren.

Herr Bornewasser erfragt die Beschaffenheit des Untergrundes.

Herr Dippel gibt an, dass sich darunter eine Betonplatte befindet.

Während der Abstimmung sind Frau Grüterich und Herr Hoffmann nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt stellt gemäß § 83 GO außerplanmäßig insgesamt 100.000 € brutto für die Entsorgung der Grünabfälle bereit.

Die Deckung erfolgt über das Produkt 1.01.12.99 -Infrastrukt. Immobilienmanagement.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entsorgung gemäß der städtischen Vergabeordnung auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Regelwerk für Kunst-/Kulturförderung**BV/0745/2019**

Herr Nipken teilt mit, dass dieses Thema breit diskutiert wurde und aufgrund der Vielzahl von Änderungen dieses Thema in den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr verwiesen werden soll.

Während der Abstimmung ist Frau Grüterich nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13.1. Regelwerk für Kunst-/Kulturförderung (Antrag der AL-Fraktion vom 19.09.2019)

Siehe TOP 13.1.

14. Bibliothekskonzept der Stadtbücherei Radevormwald**BV/0746/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Der diesem Beschlussvorschlag beigefügte Entwurf des Bibliothekskonzeptes für die Bücherei der Stadt Radevormwald wird beschlossen (unter Vorbehalt der entsprechenden Beschlussfassung und Genehmigung des Haushaltes 2020 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 – 2022).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Fördermittel für die Bäder Radevormwald GmbH**BV/0747/2019**

Herr Ebbinghaus erinnert an den geänderten Beschlussentwurf aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, Fördermittel für die Bäder Radevormwald GmbH für notwendige Sanierungsmaßnahmen wie in der Erläuterung dargestellt und deren Weiterleitung in Höhe von 500.000 € in die Haushaltsplanung für 2022 und 1.200.000 € für die Haushaltsplanung 2023 aufzunehmen unter Berücksichtigung einer Landesförderung in Höhe von 60 %.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Enthaltung (Ullmann)

16. Mittelabflussdaten August 2019**IV/0642/2019**

Der Rat der Stadt nimmt die Mittelabflussdaten August 2019 zur Kenntnis.

17. Überplan- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen**IV/0643/2019**

Herr Ebbinghaus erfragt zu Erneuerung/Umbau THG, warum der Buchungsfehler nicht einfach korrigiert wird.

Herr V. Uellenberg teilt mit, dass durch eine Maßnahmenbündelung investiv gebucht werden konnte und man nicht einfach vom Finanzplan in den Ergebnisplan umbuchen kann.

Der Rat der Stadt nimmt die überplan- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zur Kenntnis.

18. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgende Veränderungen/Umbesetzungen:

CDU-Fraktion

Ausschuss für Soziales, Sport und Integration, Ausschussmitglied

Alt: Nicolai Rüggeberg

Neu: Tobias Jeschke

Bauausschuss, Vertreter

Neu: Nicolai Rüggeberg

Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen

Alt: Fabian Greve

Neu: Swen Leckebusch

SPD-Fraktion

Ausschuss für Schule, Ausschussmitglied

Alt: Petra Pfeiffer

Neu: Felix Anders

Vertreter

Neu: Petra Pfeiffer

Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen, Ausschussmitglied

Neu: Hans Golombek

Bündnis 90/Die Grünen

Ausschuss für Soziales, Sport und Integration, zweiter Vertreter

Neu: Bernd Bornewasser

Aufsichtsrat Bäder, Vertreter

Alt: Frank Kühn

Neu: Elisabeth Pech-Büttner

Aufsichtsrat Stadtwerke, Vertreter

Alt: Frank Kühn

Neu: Elisabeth Pech-Büttner

Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Vertreter

Alt: Frank Kühn

Neu: Elisabeth Pech-Büttner

Abstimmungsergebnis:	36 Ja-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(Ullmann)

18.1. Besetzung Jugendhilfeausschuss**BV/0749/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt Frau Sandra Pahl anstelle von Frau Barbara Janowski als beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses (Vertreterin der Schulen).

Abstimmungsergebnis:	36 Ja-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(Ullmann)

18.2. Korrektur der Ausschussumbesetzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.05.2019**BV/0754/2019**

Frau Ebbinghaus gibt an, dass in Ausschüssen die Anzahl der Ratsmitglieder die Anzahl der sachkundigen Bürger übersteigen muss, um beschlussfähig zu sein. Sie bittet um eine Prüfung, ob dies auch im Jugendhilfeausschuss Anwendung findet.

Anmerkung der Verwaltung:

Gem. § 71 (1) Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) i.V.m. § 4 (2) Kinder- und Jugendhilfegesetz NRW (KJHG NRW), gehören dem Jugendhilfeausschuss als stimmberechtigte Mitglieder, Mitglieder der Vertretungskörperschaft (Mitglieder des Rates) oder vom Rat gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind, an. Des Weiteren kann man nur zum stimmberechtigten Mitglied gewählt werden, wenn man der Vertretungskörperschaft angehören könnte. Sachkundige Bürger besitzen die Voraussetzungen gem. § 7 Kommunalwahlgesetz NRW (KommwahlG NRW) und könnten somit der Vertretungskörperschaft angehören. Somit gilt die Regelung gem. § 58 (3) S. 3 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) für den Jugendhilfeausschuss nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgende Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien:

Bündnis 90/Die Grünen

Jugendhilfeausschuss, Ausschussmitglied

Alt: Malik Nasir Mahmood

Neu: Gisela Szagun

Jugendhilfeausschuss, Vertreter

Alt: Gisela Szagun

Neu: Malik Nasir Mahmood

Abstimmungsergebnis:	36 Ja-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(Ullmann)

18.3. Umbesetzung Ausschüsse und Gremien (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.09.2019)**BV/0755/2019**

Siehe TOP 18.

19. Stellenausschreibung Erster Beigeordneter**BV/0748/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Stelle des/der Ersten Beigeordneten soll gemäß des beiliegenden Entwurfes ausgeschrieben werden. Ende der Bewerbungsfrist ist der 31.10.2019.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 GRÜNE, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Enthaltung (Ullmann)

20. Mitteilungen und Fragen

Informationsbegehren der AL-Fraktion zum InHK Wupper:

1. Liegt ein offizieller Förderbescheid noch nicht vor?

Der Bürgermeister gibt an, dass noch kein Förderbescheid vorliegt.

2. Unter der Annahme, dass dieser Förderbescheid bis Ende Oktober 2019 eingeht, wann ist geplant, das evangelische und das katholische Gemeindehaus zu kaufen?

Der Entwurf eines Kaufvertrages wurde angefertigt, aber noch nicht behandelt, weil noch kein Förderbescheid vorliegt.

3. Können die Kaufvertragsentwürfe dem Rat in seiner Sitzung am 05.11.2019 vorgelegt werden?

Dies soll nicht im Rat geschehen. Die Ratsmitglieder haben jedoch die Möglichkeit der Akteneinsicht.

4. Wie sehen derzeit die zeitlichen Planungen für den Umbau der beiden Gemeindehäuser aus?

Die kommt auf die Förderbescheide an.

5. Sind diese Planungen mit den Kirchengemeinden abgestimmt?

Der Bürgermeister bejaht dies.

6. Kann der Weihnachtsmarkt dieses Jahr noch auf dem Gelände des kath. Gemeindehauses stattfinden?

Der Bürgermeister bejaht dies für das Jahr 2019. Für die Jahre danach kann man keine Antwort geben, da dies noch fragwürdig ist.

7. Für welchen Zeitraum wird mit dem Baubeginn des Sportplatzes und des Life-Anbaus geplant?

Dies muss abgewartet werden.

8. Bestehen Planungen, wie der TUSPO Dahlhausen während des Umbaus seine Spiel- und Trainingsaktivitäten mindestens teilweise aufrechterhalten kann?

Herr Funke teilt mit, dass es während der Bauphase zu zeitlichen Problemen kommen kann. Hierzu steht man aber mit den betroffenen Vereinen in Kontakt um eine Lösung zu finden.

Herr Lorenz erfragt bzgl. des Sportplatzes, ob man das Problem von Kunstrasen berücksichtigt hat.

Der Bürgermeister bejaht dies.

Herr Barg gibt an, dass im Außenbereich zwischen Kindergarten und Life Veränderungen vorgenommen werden sollen. Er regt an, dass dies durch Gefährdungspunkte nicht länger warten kann.

Herr Hoffmann erfragt den Sachstand des Citymanagement.

Herr Klein teilt mit, dass die Ausschreibung gestartet wurde und der Teilnahmewettbewerb bis zum 08.10.2019 läuft.

Herr Hoffmann regt an, dass sich die anbietenden Büros im Haupt- und Finanzausschuss vorstellen und ihr Konzept zur Umsetzung eines Citymanagements darstellen sollen.

Herr Bornewasser erkundigt sich nach einer möglicherweise bestehenden Unterbesetzung im Kindergarten Sprungbrett, Waldgruppe, und würde dazu auch gerne wissen, inwieweit es eine Mindestpersonalquote gibt (im Verhältnis zu den zu betreuenden Kindern).

Herr Funke erläutert dazu, dass tatsächlich eine Mitarbeiterin der Waldgruppe (Halbtagsstelle) kurz nach Beginn des neuen Kindergartenjahrs gekündigt hat. Aktuell läuft das Ausschreibungsverfahren für diese Stelle. Eine Wiederbesetzung ist kurzfristig vorgesehen. Zusätzlich gab es Krankheitsfälle in der Kita Sprungbrett. Zur Bewertung der ausreichenden Personaldecke einer Kita gibt es seitens des Gesetzgebers keine starre Mindestpersonalquote, die in Prozentwerte ausgedrückt werden könnte, um den Betrieb im vollen Umfang aufrechterhalten zu können. Das Landesjugendamt achtet aber bei der Beurteilung dieser Frage darauf, dass die Qualität der Betreuungsarbeit fortbesteht. Gewisse Engpässe von z. B. Erkrankungen des Personals können in einer Kita aufgefangen werden. Im speziellen Fall wurde mit dem Landesjugendamt Rücksprache gehalten. Das Landesjugendamt hat keinen Grund gesehen, hier in den Verantwortungsbereich des Kita-Trägers (Stadt Radevormwald) einzugreifen.

Herr Bornewasser teilt des Weiteren mit, dass eine Telefonsäule im Stadtgebiet defekt ist und dem Mängelmelder gemeldet wurde. Hierzu gab es noch keine Rückmeldung.

Der Bürgermeister gibt an, dass dies geklärt wird.

Herr Ebbinghaus erfragt, ob die Einbringung des Haushaltes 2020 im Ältestenrat besprochen werden kann.

Der Bürgermeister bejaht dies.

20.1. Sprachunterricht für Asylbewerber und Asylanten AF/0059/2019
(Anfrage der Fraktion pro Deutschland vom 10.09.2019)

- a) Wird durch die Stadt Sprachunterricht für Asylbewerber und Asylanten, direkt oder über den Kreis, angeboten oder (mit)finanziert?
Frau Look teilt mit, dass die Integrationskurse (Integrationskurse sind gesplittet in Sprachkurse und Orientierungskurse) vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert werden.
- b) Sofern die Beantwortung von Punkt 1 positiv ausfällt:
- a) Wie hoch ist die Anzahl der Teilnehmer an den Sprachkursen?
 - b) Wie sieht die Erfolgsquote unter den Teilnehmern aus?
 - c) Gibt es Sanktionen, wenn Asylbewerber und Asylanten keinen Willen zum Erlernen der deutschen Sprache zeigen?
 - d) Aus welchen Mitteln werden die Kurse (mit)finanziert?
 - e) Wie sieht die Durchführung der Kurse konkret aus?

Die Beantwortung der unter b gestellten Fragen ist hinfällig, weil keine Finanzierung durch die Stadt erfolgt.

- c) Gibt es über Sprachkurse hinaus weitere Maßnahmen der Integration, die von der Stadt angeboten oder (mit)finanziert werden? Wenn ja: Welche konkret?

Integrationsmaßnahmen werden durch die Diakonie in Radevormwald in Form verschiedener Beratungsformen angeboten.

20.2. Durchführung der Dunkelfeld-Studie im Stadtgebiet AF/0058/2019
(Anfrage der Fraktion pro Deutschland vom 10.09.2019)

Wie viele Bürger der Stadt sollen im Rahmen der vom Landesinnenministerium angekündigten Dunkelfeld-Studie befragt werden?

Nach welchen Kriterien werden die zu befragenden Bürger der Stadt ausgesucht?

Wie wird sichergestellt, dass ein repräsentativer Bevölkerungsschnitt erreicht werden wird hinsichtlich Unterscheidungsmerkmalen wie beispielsweise Geschlecht, Alter, Einkommenssituation und konkreter Wohnlage?

Herr Knorz teilt mit, dass in ganz Nordrhein-Westfalen 60.000 Bürgerinnen und Bürger befragt werden. Für Radevormwald liegt die Zahl bei 900 Personen. Es erfolgt eine automatisierte Stichprobenauswahl. Personen die vor dem 01.01.2003 geboren wurden, können Bestandteil dieser Befragung sein. Es wird eine repräsentative Auswertung geben, wobei auch der Bildungsstand berücksichtigt wird. Die Studie erfolgt anonymisiert.

Ende des öffentlichen Teils: 18:40 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Larissa Schipper
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlage: Beschlusskontrolle